

# Vom Regenwald an den Losheimer See

Roger Enyeka und Emery Bolonga haben auf der Weltklimakonferenz in Bonn die Interessen von Regenwaldbauern im Kongo vertreten. Und beim Besuch ihrer Freunde im saarländischen Losheim haben sie sich über erneuerbare Energien und Forstwirtschaft ausgetauscht.

Von Martin Recktenwald

In ständigen Austausch sind die kongolesische Regenwaldregion Tshuapa mit Trier und Losheim ohnehin. Dank moderner Internet-Kommunikation rund um Facebook und Co. hält Roger Enyeka mit Wolfgang Leinen und dem „Konga – Freundeskreis Tshuapa“ Kontakt. Zahlreiche Initiativen für die Waldbauernselbsthilfe „Freunde des Bauern/FFPA“, werden über diesen Weg unterstützt (der „Paulinus“ berichtete). Nach 15 Jahren Kooperation bot sich nun erstmals die Gelegenheit für ein gemeinsames Treffen in Losheim.

Mit einem wichtigen Anliegen waren Enyeka und sein Freund, der Regenwaldschützer Emery Bolonga, aus dem Kongo nach Deutschland aufgebrochen. Sie brachten über ein Forum für Nicht-Regierungsorganisationen auf der Weltklimakonferenz in Bonn die Anliegen des Tshuapa und seiner Bewohner ein. Im Gepäck hatten sie unter anderem eine Liste mit tausenden Unterschriften lokaler Machttäger und Grundherren: 30 000 000 Hektar Regenwald sollen als Naturpark ausgewiesen werden. „Damit könnte das Gebiet dem Zugriff internationaler Holzunternehmen entzogen werden und stattdessen von den Regenwaldvölkern für eine nachhaltige Entwicklung genutzt werden“, erläuterte Wolfgang Leinen die dahinter stehende Idee.

Verglichen mit der Anreise aus dem Tshuapa-Gebiet – per Einbaum, mit dem Motorrad über

1000 Kilometer Regenwaldpiste und weiter per Flugzeug – war es von Bonn aus dann nur noch ein Katzensprung bis nach Losheim. Und so nutzten die beiden Gäste aus dem Kongo die Gelegenheit, ihre Freunde und Unterstützer dort persönlich zu treffen. Auf dem Besuchsprogramm standen dabei neben einem Empfang im Rathaus vor allem Orte mit einem möglichen Erfahrungsgewinn auch für den Alltag im Regenwald.

So interessierten sich Enyeka und Bolonga beispielsweise für die Biogasanlage auf dem Losheimer Markushof. 200 Kubikmeter fassen deren Tanks, die täglich 780 Kilowatt Leistung reichen für die Stromversorgung von 1600 Haushalten. Im Kongo experimentiert man derzeit eine Nummer kleiner. Die Konstruktion im Test besteht im Wesentlichen aus drei in Reihe geschalteten Stahlfässern, berichtete Leinen. Darin lässt man Bioabfälle zersetzen und es entstehen genügend energiereiche Faulgase für den Betrieb eines Generators. „Man überlegt außerdem, Methan direkt zu nutzen, das in einem See der Region natürlich gebildet wird“, übersetzte Leinen einen Hinweis der französischsprachigen Besucher aus Afrika.

## Die Wasserhyazinthe als Problem

Potentiell vielversprechend lassen sich auch Studien zur Nutzung eines Plagegeistes an: die aus Asien eingeschleppte Wasserhyazinthe. Die schnell wachsende, giftige Pflanze wuchert im kongo-



Tauschen sich über Forstwirtschaft in Deutschland und dem Kongo aus (von links): Roger Enyeka, Ralf Simon, Wolfgang Leinen und Emery Bolonga. Foto: Martin Recktenwald

lesischen Regenwald ganze Flussarme zu, ist eine Gefahr für Schiffsmotoren und Brücken. Jetzt werde aber geprüft, ob diese Biomasse nicht auch für die Energiegewinnung über Biogas genutzt werden kann.

Forstwirtschaft spielt sowohl in Losheim als auch im Tshuapa-Regenwald eine Rolle. Mit Förster Ralf Simon schauten sich die Besucher aus dem Kongo daher ein Waldstück nahe dem Stausee an. Die Gesamtfläche des Losheimer Gemeindewalds von 2000 Hektar sorgte zwar bei den Gästen für einen leichten Heiterkeitsausbruch – im Kongo-Regenwald ist das wohl eher ein kleiner Vorgarten. Auf großes Interesse stießen aber die Ausführungen des Försters zum Umgang mit Sturmschäden

und der Vermarktung umgestürzter Bäume. Im vergangenen Jahr habe nämlich ein für sie bis dahin unbekanntes Wetter-Phänomen die Regenwaldbauern heimgejagt, erzählte Enyeka. Ein schwerer Orkan hatte weite Flächen verwüstet. Die Aktivisten sehen darin eine von vielen bereits spürbaren Auswirkungen des Klimawandels.

## Der Kampf um Besitzrechte

Bedrohlich für das auf Eigenversorgung und geringen Zuverdienst eingestellte Bewirtschaftungskonzept der Tshuapa-Waldbauern sei noch eine weitere von außen eingetragene Entwicklung: die Konkurrenz von Besitzrech-

ten. Nach jahrhundertlang tradiertem Recht war auch ohne schriftliche Dokumente für alle Waldbewohner klar, wem welches Gebiet gehört. Das belgische Kolonialrecht hingegen erkannte solche Vereinbarungen nicht an und gab dem Staat Verfügungs-gewalt über solche, „von Niemandem beanspruchte“ Gebiete. Auf dieser Grundlage werden noch heute von der Regierung Konzessionen an internationale Konzerne vergeben, die dann auf der Jagd nach wertvollen Tropenhölzern riesige Gebiete abholzen. Doch die eigentlichen Besitzer kämpfen um ihre Rechte. Für die genaue Grenzziehung ihrer angestammten Gebiete setzen sie nun Satellitenvermessung per GPS (Global Positioning System) ein.

## Kongo

Die Demokratische Republik Kongo ist nach Algerien der zweitgrößte Flächenstaat Afrikas und fast siebenmal so groß wie Deutschland. Auf einem Gebiet, das etwa einem Viertel der Größe der USA entspricht, leben rund 83 Millionen Menschen. Der Kongo ist ein Vielvölkerstaat mit mehr als 200 Ethnien. Das Land im Zentrum Afrikas, das von 1971 bis 1997 Zaire hieß, hat gemeinsame Grenzen mit Kongo-Brazzaville, der Zentralafrikanischen Republik, dem Südsudan, Uganda, Ruanda, Burundi, Tansania, Sambia und Angola. Vor allem im rohstoffreichen Osten des Kongo kämpfen seit Jahren zahlreiche Rebellen Gruppen um die Vorherrschaft. Konflikte in den Nachbarstaaten tragen ebenfalls zu einer politisch instabilen Lage bei. Hinzu kommt eine meist schwache Zentralregierung in Kinshasa. Jahrelang wurde das Land unter Diktator Joseph-Desiré Mobutu ausgeplündert. 1997 folgte auf Mobutu der ehemalige Rebellenführer Laurent-Desiré Kabila; nach dessen Ermordung amtiert seit 2001 sein Sohn Joseph Kabila (46) als Präsident. Das Land erlangte 1960 seine Unabhängigkeit von Belgien. Die Ausbeutung und die Menschenrechtsverletzungen durch die Kolonialherren sowie der überstürzte Übergang des Kongo in die Unabhängigkeit gelten als weitere Gründe für die Dauerkrise. Seit 1999 versuchen die UN, mit ihrer Monusco-Mission den Demokratisierungs- und Friedensprozess im Kongo voranzubringen.

Neben den Rohstoffen verfügt der Kongo über eine reiche Tier- und Pflanzenwelt. Hier befinden sich die größten noch bestehenden Regenwaldgebiete Afrikas. Die wohl berühmtesten tierischen Bewohner sind die Berggorillas im Nationalpark Virunga. Aufgrund der vielen Konflikte und des teils illegalen Rohstoffabbaus sind aber Flora und Fauna massiv bedroht.

# Den Krieg um die Ressourcen beenden

„Zoff um Stoff“ – das war die Überschrift über die ersten Wasserburger Rohstofftage, die kurz vor Weihnachten in Vallendar stattfanden.

Von Winfried Scholz

„Was hat sich der liebe Gott nur dabei gedacht, unser wertvolles Öl bei den Arabern im Sand zu verbuddeln?“ Dieser in der Podiumsdiskussion zitierte Ausspruch des Kabarettisten Volker Pispers beschreibt kurz und knackig die Problematik, die kürzlich im Haus Wasserburg, der Jugendbildungseinrichtung der Pallottiner in Vallendar behandelt wurde. „Zoff um Stoff“ lautete der Titel der ersten Wasserburger Rohstofftage, die sich mit den Ressourcenkonflikten in der Welt befassen.

Mitveranstalter war der Verein Germanwatch. Als Kooperationspartner waren der Bund Umwelt- und Naturschutz (BUND) Koblenz, der Internationale Christliche Friedensdienst Eirene, die Kampagne Bergwerk Peru, das Südwind-Institut für Ökonomie und Ökumene, der Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland des Bundesverbands Windenergie (BWE) und die Initiative „Rheinland-Pfalz entwickeln für Eine Welt“. Die Partner waren auf einem Markt der Möglichkeiten mit Infoständen vertreten.

Nico Beckert, Bildungsreferent im Haus Wasserburg und hier



Besucher informieren sich am Stand des Christlichen Friedensdienstes Eirene, einem der Kooperationspartner der Veranstaltung. Foto: Winfried Scholz

Fachpromotor für Rohstoff- und Bildungspolitik, erklärte im Gespräch mit dem „Paulinus“: „Das ist die Auftaktveranstaltung zu den Wasserburger Rohstofftagen, die zukünftig jährlich stattfinden sollen. Damit wollen wir das Thema mehr in die Öffentlichkeit bringen. Außerdem wollen wir es in unsere Bildungsarbeit integrieren.“ Wie Beckert weiter ausführte, wolle man politische Prozesse mit beeinflussen und zeigen, was jeder Einzelne tun kann, um gesellschaftliche Strukturen zu verändern.

## Erdöl und Erdgas als Konfliktursache

Im Mittelpunkt stand eine Podiumsdiskussion mit Clemens Ronnefeldt vom Internationalen Versöhnungsbund und Christoph

Bals von Germanwatch zum Thema „Krieg um Öl oder Frieden durch Dekarbonisierung?“. Die Diskussion wurde von Stefan Rostock von Germanwatch moderiert und von Pascal Gentner musikalisch umrahmt.

Ronnefeldt zeigte anhand von zahlreichen Quellen, dass die Entwicklung des Nahen Ostens mit den zahlreichen kriegerischen Konflikten hauptsächlich davon beeinflusst war, wie die beteiligten Mächte die dort in riesigen Mengen vorkommenden Rohstoffe Erdöl und Erdgas unter ihre Kontrolle bekommen wollten. Bereits der als Lawrence von Arabien bekannt gewordene britische Archäologe, Geheimdienstoffizier und Schriftsteller Thomas Edward Lawrence schrieb: „Wir schickten sie zu tausenden ins Feuer, in den schlimmsten aller Tode, nicht um

den Krieg zu gewinnen, sondern damit das Korn und der Reis und das Öl Mesopotamiens unser werden.“ Die Briten hatten den Aufstand der Araber gegen das 1918 zerfallene Osmanische Reich unterstützt. Danach hatten sich Frankreich und Großbritannien in der Nahostregion Einflusszonen gesichert, auch um Kontrolle über die Rohstoffe zu erlangen. Wie Ronnefeldt erläuterte, spielt das Thema Erdgas auch beim aktuellen Syrienkonflikt eine wichtige Rolle.

Aber auch in der Arktis würden verschiedene Staaten Gebietsansprüche auf umstrittene Gebiete mit vermuteten Erdöl- und Erdgasvorkommen erheben. Ronnefeldt zeigte anhand einer Karte, wie häufig Konfliktherde und dadurch ausgelöste Migrationen mit umweltbedingten Konstellationen wie Wasserknappheit, dürrebedingten Ernteausfällen und Sturm- und Flutkatastrophen ein gemeinsames Ursachenbündel bilden.

Christoph Bals nannte diese klimabedingten Phänomene in seinem Beitrag „Zoff um Stoff – Fossile Energien destabilisieren zunehmend den Planeten“ als Risikoverstärker für bewaffnete Konflikte in Ländern, die durch ethnische Zerklüftung gekennzeichnet sind. So herrschte laut einem NASA-Bericht in der östlichen Mittelmeer- und Nahost-Region die längste Dürreperiode seit 900 Jahren. In Syrien verendeten zwischen 2006 und 2011 rund 85 Prozent der Tierherden, 800 000 Bauern verloren ihren Lebensunterhalt. Als ei-

ne Ursache für den Syrienkonflikt nannte Bals die Vernachlässigung des ländlichen Raums und eine Landreform, die Dürre war dann ein Risikoverstärker. Als Beispiel für fossile Energien als Konflikttreiber nannte Bals den Irakkrieg. Im sogenannten Chilcot-Report von 2016, der die britische Beteiligung an dem Krieg untersuchte, wurde als fundamentales Interesse Großbritanniens in Bezug auf den Irak auch die Energiesicherheit genannt, da die Region um den Irak über 66 Prozent der globalen Ölreserven verfügt. Wie Bals ausführte, ist das Geschäftsmodell einer Reihe von Staaten (zum Beispiel Russland, Saudi Arabien, Iran) ganz oder überwiegend auf den Export fossiler Energien aufgebaut. Hier sei eine Außenpolitik erforderlich, die mit diesen Staaten eine Modernisierung der gemeinsamen Energiesicherheit aufbaut.

## Die Fixierung auf das Wachstum beenden

Bals betonte, auch erneuerbare Energien, hier vor allem die Speicher, brauchten immer noch sehr viele und zum Teil seltene Ressourcen. Hier brauche es eine neue Strategie, die die Energiesysteme optimiere. „Nicht vom Öl zum Lithium, sondern zu einem geringeren Rohstoffverbrauch“, betonte Bals. Bals zufolge müsse man den Rohstoffbedarf generell mindern, um nicht vom Krieg um Öl zum Krieg um andere Rohstoffe zu kommen. Er forderte ein Umdenken in der Wachstumsfi-

xierung und hin zu einer gemeinwohlorientierten Wirtschaft. Es bedürfe technischer Innovationen und wirtschaftlicher Anreize wie beispielsweise eines CO2-Preises, um konfliktträchtige und unter menschenrechtlich fragwürdigen Bedingungen abgebaute Rohstoffe aus dem Markt zu drängen.

Bals berichtete, Saudi-Arabien wolle ab 2030 kein Erdöl mehr verbrauchen, sondern nur noch exportieren. Die Weltbank werde ab 2019 nicht mehr die Förderung von Erdöl und Erdgas finanzieren. Der Versicherungskonzern AXA wolle sein Invest in erneuerbare Energien bis 2020 verfünffachen und keine neuen Kohlekraftwerke mehr versichern. Jeder Einzelne könne zum Wandel beitragen, wenn er seinen Fleischkonsum reduziert.

Clemens Ronnefeldt nannte in diesem Zusammenhang, dass 225 Investoren mit 26,3 Billionen Dollar Kapital die Initiative „Climate Action 100+“ gegründet haben. Damit wollten sie Einfluss auf die Konzerne mit hohen Kohlendioxid-Emissionen nehmen, um sie zum Umdenken zu bewegen. Weiter forderte er ein Tempolimit auf 130 km/h, Obergrenzwerte bei Stickstoff- und Kohlendioxid für Autohersteller, den Ausbau der Bahn und des ÖPNV sowie eine drastische Reduzierung von Flügen und Streichung der rund 150 000 innerdeutschen und grenznahen Flüge. Aus dem Publikum kam die Forderung, Sitzblockaden an Flugzeugen zu veranstalten, um Menschen vom klimaschädlichen Reisen abzuhalten.